einberufen werden, die Abberufung eines Abgeordneten zu verlangen, der das in ihn gesetzte Vertrauen der Wähler nicht erfüllt. Die Entscheidung über die Abberufung des Abgeordneten trifft die Volksvertretung.

(5) Erlischt das Mandat eines Abgeordneten, wird die Wahl eines Abgeordneten für ungültig erklärt oder wird das Mandat aufgehoben, tritt an die Stelle des Abgeordneten ein Nachfolgekandidat. Das Nachrücken eines Nachfolgekandidaten wird in Übereinstimmung mit dem zuständigen Ausschuß der Nationalen Front durch Beschluß der Volksvertretung festgestellt.

Kapitel III

Aufgaben, Rechte und Pflichten des Bezirkstages und seiner Organe

§20

Leitung und Planung

(1) Der Bezirkstag und der Rat des Bezirkes haben in Durchführung der Politik des sozialistischen Staates die Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens im Bezirk zu leiten und zu planen.

(2) Der Bezirkstag beschließt auf Vorschlag des Rates des Bezirkes den Fünfjahrplan, den Jahresplan und den Haushaltsplan des Bezirkes. Die vom Bezirkstag beschlossenen Pläne bilden die Grundlage für die Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung im Territorium in Übereinstimmung mit der festgelegten Entwicklung der zentralgeleiteten Betriebe, Kombinate und Einrichtungen im Bezirk. Die Erschließung der vorhandenen territorialen Ressourcen und deren rationelle Nutzung ist zu sichern. In den Plänen sind insbesondere Aufgaben für die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen, zur Entwicklung der Produktion und der Leistungen in den örtlichen Verantwortungsbereichen, für die Standortverteilung der Produktion, die mineralische Rohstoff- und Lagerstättenwirtschaft, die Infra- und Siedlungsstruktur, die Landeskultur einschließlich des Umweltschutzes festzulegen.

(3) Der Rat des Bezirkes ist auf der Grundlage zentraler staatlicher Plankennziffern und anderer Festlegungen des Ministerrates für die Ausarbeitung, Durchführung und Kontrolle des Fünfjahrplanes, des Jahresplanes und des Haushaltsplanes des Bezirkes verantwortlich. Er sichert gemeinsam mit den Gewerkschaften in den ihm unterstellten Betrieben und Kombinat die Plandiskussion und die Führung des sozialistischen Wettbewerbs. Zur koordinierten Ausarbeitung der Planentwürfe und territorialen Bilanzen arbeitet er mit den Ministerien und anderen zentralen Staatsorganen, den wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinat und Einrichtungen zusammen mit dem Ziel, die Übereinstimmung der Entwicklung der Betriebe, Kombinate und Einrichtungen mit der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung im Territorium sowie des Umweltschutzes und des ökonomischen Einsatzes der Ressourcen im Territorium zu gewährleisten. Er plant langfristig die gesellschaftliche Entwicklung im Territorium und erarbeitet unter Einbeziehung der Räte der Kreise Vorschläge zur Standortverteilung der Produktivkräfte für die langfristige Planung im gesamtwirtschaftlichen Maßstab.

(4) Der Rat des Bezirkes erfüllt die ihm übertragenen Aufgaben auf dem Gebiet der Baubilanzierung und der Erteilung von Standortbestätigungen und -genehmigungen. Er prüft die Pläne der Kapazitätsentwicklung und der Investitionen der Wasserwirtschaft und des Post- und Fernmeldewesens im Bezirk sowie den komplex-territorialen Energiebedarfsplan auf ihre Übereinstimmung mit der geplanten Entwicklung des

Bezirk und unterbreitet hierzu Vorschläge. Die Übereinstimmung zwischen Zweig- und Territorialentwicklung ist Voraussetzung für die Bestätigung der Pläne durch die zuständigen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe der Wasserwirtschaft, des Post- und Fernmeldewesens und der Energiewirtschaft.

§21

Arbeitskräfteplanung und -lenkung, Lohnpolitik

(1) Der Rat des Bezirkes plant und lenkt auf der Grundlage zentraler staatlicher Plankennziffern den Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens im Bezirk. Er nimmt Einfluß darauf, daß die Arbeitskräfte entsprechend den Erfordernissen der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft mit höchstem Nutzeffekt eingesetzt werden.

(2) Auf der Grundlage der Arbeitskräftebilanz des Bezirkes trifft der Rat des Bezirkes nach Abstimmung mit der Staatlichen Plankommission und den zuständigen Ministerien Bilanzentscheidungen, die für die Räte der Kreise, die wirtschaftsleitenden Organe, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen verbindlich sind. Der Rat des Bezirkes legt fest, für welche wirtschaftsleitenden Organe, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen der Rat des Kreises die Bilanzentscheidungen zu treffen hat.

(3) Der Rat des Bezirkes kontrolliert in Abstimmung mit den Räten der Kreise in den wirtschaftsleitenden Organen sowie in Betrieben, Kombinat und Einrichtungen, unabhängig von deren Unterstellung, die Einhaltung der Bilanzentscheidungen zum Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, den rationellen Einsatz der Arbeitskräfte, die Entwicklung der Lohn- und Einkommensrelationen und die Einhaltung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen. Er hat das Recht, in den Betrieben, Kombinat und Einrichtungen erforderliche Untersuchungen durchzuführen. Der Rat des Bezirkes ist berechtigt, bei Überschreitung des Arbeitskräfteplanes gemäß den Rechtsvorschriften Sanktionen auszusprechen. Er kann Einstellungsbeschränkungen bzw. Auflagen zur Gewinnung von Arbeitskräften für andere volkswirtschaftlich wichtige Aufgaben erteilen.

(4) Der Rat des Bezirkes koordiniert die Durchführung zentraler Festlegungen auf dem Gebiet Arbeit, Löhne und Sozialpolitik im Bezirk.

§22

Haushalts- und Finanzwirtschaft

(1) Der Bezirkstag und der Rat des Bezirkes entscheiden auf der Grundlage der Staatshaushaltsordnung über die Haushalts- und Finanzwirtschaft im Bezirk.

(2) Der Bezirkstag finanziert die planmäßigen Aufgaben aus Abführungen unterstellter Betriebe und Kombinate, aus Einnahmen seiner Organe und unterstellten Einrichtungen, aus Anteilen an Steuern und Abgaben des zentralen Haushaltes sowie aus dem Anteil an den Gesamteinnahmen des Staatshaushaltes. Der Bezirkstag entscheidet über die Anteile der Kreise an den Steuern und Abgaben des zentralen Haushaltes und an den Gesamteinnahmen des Staatshaushaltes, die dem Bezirk nach dem Gesetz über den Staatshaushaltsplan zustehen, sowie über die Anteile der Kreise an den Einnahmen des Bezirkes.

(3) Der Bezirkstag und der Rat des Bezirkes setzen ihre finanziellen Mittel zur Finanzierung der planmäßigen Aufgaben ein. Die Finanzierung zusätzlicher Investitionen für die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie für Rationalisierungs- und Werterhaltungsmaßnahmen ist zulässig, wenn dafür materielle Reserven erschlossen werden und die Erfüllung der bestätigten Investitions- und Werterhaltungspläne gesichert ist.